



Sozialpolitische Aussagen der Parteien zur Bundestagswahl 2013

*Eine bewertende Zusammenfassung
im Hinblick auf die Kernforderungen SoVD*

<http://www.sovd.de/wahlversprechen-2013-bewertung>

Sozialverband Deutschland (SoVD)
Abteilung Sozialpolitik
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin
Telefon: 030-726222-0
Fax: 030-726222-328
Email: ragnar.hoenig@sovde.de
<http://www.sovd.de>

Bewertende Zusammenfassung

Die vom SoVD-Bundesvorstand im März 2013 verabschiedeten Kernforderungen zur Bundestagswahl 2013 umfassen zu insgesamt acht politischen Themenfeldern jeweils drei zentrale Forderungen des SoVD.

- Bereits beim ersten Themenfeld „Sozialabbau stoppen – Sozialstaat stärken“ werden die programmatischen Unterschiede der Parteien deutlich. Im Hinblick auf die SoVD-Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit stellen CDU/CSU und FDP klar, dass sie Steuererhöhungen klar ablehnen. Demgegenüber sprechen sich SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine sozial gerechtere Lastenverteilung aus. Hierzu sprechen sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % und DIE LINKE. sogar für 53 % aus. Alle drei Parteien fordern zudem eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Parteien DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen darüber hinaus auch eine einmalige Vermögensabgabe. Ähnliche Unterschiede werden deutlich, wenn man die Positionen der Parteien zur Bemessung der Hartz IV-Sätze untersucht. Während CDU und CSU keinen Veränderungsbedarf sehen, fordern DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Anhebung der Hartz IV-Sätze auf 500 Euro bzw. 420 Euro. Die SPD will immerhin, dass bei der Berechnung der Hartz IV-Sätze die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eingehalten werden. Im Wahlprogramm der FDP findet sich keine klare Antwort auf die Regelsatzproblematik, sondern nur der Hinweis, dass zahlreiche Sozialleistungen zu einem „liberalen Bürgergeld“ zusammengefasst werden sollen. Aus Sicht des SoVD steht zu befürchten, dass hiermit einer weiteren Pauschalierung von existenzsichernden Leistungen Vorschub geleistet werden soll.
- Beim Themenfeld „mehr Engagement für Menschen mit Behinderungen“ sprechen sich zunächst alle Parteien für eine bessere berufliche Teilhabe behinderter Menschen aus. Während CDU, CSU und FDP die Unternehmen dafür auf freiwilliger Basis gewinnen wollen, sprechen sich die Parteien DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. a. für eine Anhebung der Beschäftigungspflichtquote von derzeit 5 % auf 6 % aus. Die SPD lässt die Frage der Beschäftigungspflichtquote offen, will aber die Tarifpartner, Arbeitsagenturen und Jobcenter stärker in die Pflicht nehmen und die Schwerbehindertenvertretungen stärken. Auch die inklusive Bildung wollen alle Parteien voranbringen, allerdings mit unterschiedlichen Konzepten. Während CDU, CSU und FDP für eine Beibehaltung der Förderschulen eintreten, wollen die Parteien DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Förderschulen entbehrlich werden. Auch die SPD fordert die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems und will diesen Prozess durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten. Damit der Bund die Schulbildung künftig besser fördern kann, wollen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Kooperationsverbot, das dem Bund eine solche Förderung derzeit untersagt, gestrichen wird. Bei der Eingliederungshilfe befürwortet die CDU/CSU eine Reform, konkretisiert die In-

halte jedoch kaum, während SPD, Grüne und Linke hier ein eigenständiges Leistungsgesetz fordern, das Eingliederungshilfeleistungen einkommens- und vermögensunabhängig gewährt. Dafür spricht sich auch die FDP aus, die zugleich jedoch stärker pauschalierte Leistungen befürwortet.

- Auch in der Rentenpolitik zeigen sich große Unterschiede in den Wahlprogrammen der Parteien. Während CDU, CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus nicht in Frage stellen, fordern SPD und DIE LINKE. eine Korrektur: DIE LINKE. spricht sich für die Rückkehr zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau aus; Die SPD will immerhin erreichen, dass das heutige Rentenniveau bis 2020 stabil gehalten wird. Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten fordern hingegen – bis auf die FDP – alle Parteien in ihren Wahlprogrammen. Die SPD und DIE LINKE. wollen dies unter anderem durch eine Abschaffung der Abschläge erreichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Abschläge nur bei Erwerbsminderungsrenten abschaffen, die allein aus gesundheitlichen Gründen gewährt werden. CDU und CSU lassen offen, wie sie die Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten erreichen wollen. Beim Thema Altersarmut sprechen sich CDU, CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Aufstockung bestimmter Renten auf 850 Euro aus. Dahinter verbergen sich allerdings sehr unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen. So wollen CDU und CSU – im Gegensatz zur Solidarrente der SPD und Garantierente von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – die Aufstockung nur für Versicherte, die auch eine Privatvorsorge haben. Dass Mindestsicherungselemente in der Rente Beitragsleistungen im unteren Einkommensbereich entwerten, übersieht auch DIE LINKE. Die von ihr geforderte Mindestsicherung von 1.050 Euro netto für alle Versicherten würde sogar bedeuten, dass das Prinzip „höhere Leistungen für höhere Beiträge“ selbst für Versicherte mit einem Durchschnittsverdienst nicht mehr gilt. Die FDP will der wachsenden Altersarmut durch eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersversorgung begegnen. In Anlehnung an das SoVD-Modell des Rentenfreibetrags in der Grundsicherung will die SPD für Versicherte, die die Solidarrente nicht erreichen, eine zweite Säule in der Grundsicherung einführen.
- In der Gesundheitspolitik wird die SoVD-Forderung nach Einführung einer Bürgerversicherung nur von der SPD sowie den Parteien DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt, wobei die SPD und DIE LINKE. die Bürgerversicherung auf die gesetzliche Krankenversicherung konzentrieren und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch bei einer Bürgerversicherung an gesetzlicher und privater Krankenversicherung festhalten wollen. Demgegenüber lehnen CDU, CSU und FDP die Bürgerversicherung als „Einheitsversicherung“ ab. Die FDP will sogar das Kostenerstattungsprinzip, ein Strukturelement der privaten Krankenversicherung, auf die gesetzliche Krankenversicherung übertragen. Im Hinblick auf die einseitigen Belastungen von Versicherten, Patientinnen und Patienten wollen CDU, CSU und FDP an den Zusatzbeiträgen festhalten. Demgegenüber sprechen sich SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Abschaffung der Zusatzbeiträge und für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung aus. Im Hinblick auf die

SoVD-Forderung nach einer bedarfsgerechten und barrierefreien Versorgung sprechen sich alle Parteien für eine Verbesserung der wohnortnahen Versorgung aus, wobei die FDP auch auf den verstärkten Einsatz von Telemedizin setzen will. Im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. wird betont, dass alle medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenkasse bezahlt werden müssen. Alle Parteien sprechen sich in ihrem Wahlprogramm für eine umfassende Prävention aus, so dass erstaunlich ist, warum ein entsprechendes Gesetz bis heute nicht verabschiedet wurde.

- Auch in der Pflegepolitik sprechen sich SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wie der SoVD – für die Schaffung einer Bürgerversicherung aus. CDU und CSU äußern sich in ihrem Wahlprogramm hierzu zwar nicht ausdrücklich, aber es ist davon auszugehen, dass sie die Pflege-Bürgerversicherung – wie die FDP – als „Einheitsversicherung“ ablehnen. Die Forderung des SoVD nach einer Stärkung der häuslichen Pflege und nach einer Neudefinition der Pflegebedürftigkeit findet sich in allen Wahlprogrammen der Parteien. Um die aus der Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs folgenden Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung zu finanzieren, wollen CDU und CSU den Pflegebeitrag moderat erhöhen. Demgegenüber setzt die SPD vorrangig auf eine Wiederherstellung der Parität und Stärkung der Solidarität zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Außerdem will sie eine stetig steigende Steuerfinanzierung erreichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verbesserungen in der Pflege durch die Einführung der Pflege-Bürgerversicherung erreichen.
- In der Arbeitsmarktpolitik sehen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt wieder stärker zu regulieren, um prekäre Beschäftigungsformen, wie z. B. die Minijobs und die Leiharbeit, wieder in den Griff zu bekommen. CDU, CSU und FDP erkennen hier keinen Reformbedarf. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der SoVD-Forderung nach Einführung eines bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohns. CDU, CSU und FDP lehnen einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn zwar strikt ab, wollen aber die Möglichkeiten für tarifliche Mindestlöhne überarbeiten. Demgegenüber fordern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro; DIE LINKE. fordert sogar einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 10 Euro. Beim Arbeitslosengeld I halten CDU, CSU und FDP die bestehenden Regelungen für ausreichend. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen das Problem, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Beiträgen nicht mehr die erforderliche Anwartschaft für das Arbeitslosengeld I erwerben und wollen die Rahmenfrist deshalb verbessern. DIE LINKE. fordert darüber hinaus die Schaffung eines Erwerbslosengeldes, das leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird.
- In der Frauen- und Familienpolitik sprechen sich alle Parteien für einen Ausbau der Kindertagesstätten aus. Das Betreuungsgeld soll nach Auffassung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder abgeschafft werden. Die FDP will es, obwohl sie die Einführung mit zu verantworten hat, wieder auf den Prüfstand stellen. DIE LINKE. will das Betreuungsgeld durch einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf

Monaten pro Elternteil bzw. 24 Monaten bei Alleinerziehenden ersetzen. Zur beruflichen Teilhabe von behinderten Frauen äußern sich explizit DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihren Wahlprogrammen. Beide sehen die Notwendigkeit, die Belange von behinderten Frauen besser zu berücksichtigen und die Mehrfachdiskriminierung abzubauen. Im Hinblick auf die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern spricht sich die FDP gegen eine Frauenquote aus. CDU und CSU wollen zunächst mit einer „Flexi-Quote“ eine Selbstverpflichtung von Unternehmen erreichen. Für ein Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen Regelungen sprechen sich dagegen die SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus. Im Steuerrecht wollen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung ersetzen. Die SPD will das Ehegattensplitting nur für die künftigen Ehen abschaffen. Demgegenüber wollen CDU, CSU und FDP am Ehegattensplitting grundsätzlich festhalten. Allerdings wollen CDU und CSU das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen, wohingegen die FDP lediglich die Steuerklasse V abschaffen will, um für Frauen einen Anreiz zu schaffen, nach einer Familienpause wieder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

- Die vom SoVD geforderte Stärkung der sozialen Dimension der EU wird von SPD sowie den Parteien DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geteilt. Alle drei setzen sich für eine soziale Fortschrittsklausel ein, damit die sozialen Grundrechte nicht den Marktfreiheiten der EU untergeordnet werden. Demgegenüber fordern CDU, CSU und FDP in ihren Wahlprogrammen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Alle Parteien setzen sich dafür ein, dass die Kernkompetenz der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik erhalten bleibt. Soziale Mindeststandards auf EU-Ebene sollen die Sozialstandards in den Mitgliedstaaten nicht verschlechtern. Die SPD fordert darüber hinaus, die Sozialsysteme gegen den Wettbewerb um niedrigste soziale Rechte und Standards zu schützen. Im Hinblick auf die Euro- und Finanzkrise lehnen CDU, CSU und FDP eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds ab. Demgegenüber fordern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen europäischen Schuldentilgungspakt, um die Krise gemeinsam zu bewältigen.

Der SoVD ist parteipolitisch neutral und allein den Interessen seiner Mitglieder und der von ihm vertretenen Personen verpflichtet. Die Wahlprogramme der Parteien machen deutlich, dass der SoVD mit seinen Forderungen und Vorschlägen in den zentralen sozial- und frauenpolitischen Bereichen gut aufgestellt ist und von allen derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gehört wird.